

DIE LINKE kämpft weiter

Die Bundestagswahl 2019 ist gelaufen. Das Ergebnis gibt uns viel Stoff zum Nachdenken. An dieser Stelle wollen wir erst einmal die Zahlen sprechen lassen.

Die großen Verlierer dieser Wahl sind CDU/CSU (32,9 %) und SPD (22,5 %). Mit der AfD (12,6 %) zieht eine in Teilen offen rechtsextreme Partei in den Bundestag ein. In Ostdeutschland gelang ihr ein Erdrutschsieg, in Sachsen wählte fast jeder Dritte extrem rechts. Auch die FDP (10,7 %) geht als Gewinnerin aus dem Wahltag hervor. DIE LINKE wird angemessen reagieren, sollte die FDP ihre neoliberalen unsozialen Politik zum Regierungsprogramm erheben.

DIE LINKE gewann leicht hinzu (9,2 %), vor allem in Westdeutschland. Ein Beispiel: In Hamburg stieg unser Stimmenanteil von 8,8 auf 12,2 %. In Ostdeutschland setzte sich der Abwärtstrend fort, in M-V

weniger als in den anderen ostdeutschen Flächenländern. Deutschlandweit gewann DIE LINKE 430.000 Wähler von der SPD, 270.000 aus dem Nichtwählerlager.

Künftig wird es fünf linke Abgeordnete mehr im Bundestag geben. In Berlin gewann DIE LINKE vier Direktmandate, dazu kommt ein Direktmandat in Leipzig. In

Wahlkreisen:

WK 14 Dietmar Bartsch: 24,8 % (Erststimme), 20,7 % (Zweitstimme)

WK 17 Heidrun Bluhm: 17,3 %, 16,9 %

WK 13 Horst Krumpen: 16,2 %, 16,8 %

Die Wahlbeteiligung stieg im Wahlkreis 14 von 68,3 % (2013) auf 73,7 %. In den anderen Wahlkreisen sah es ähnlich aus.

In dieser KLARTEXT-Ausgabe findet Ihr ein Dankeschön an die Wahlkämpfer*innen mit weiteren Informationen sowie erste Reaktionen führender Genossen auf den Wahlausgang. Die kommenden Wochen werden weitere Erkenntnisse bringen, z.B. der Kreisparteitag in Rostock am 14.10. Jedes Parteimitglied ist aufgefordert,

sich in diese Diskussion einzubringen. Gerne auch im KLARTEXT, Eurer Mitgliederzeitung.

Text: Carsten Penzlin

Fotos: Eva-Maria Kröger



Die Wahl ist gelaufen. Zeit für ein Dankeschön und für erste Reaktionen
Mehr dazu auf den Seiten 3-5



Traditionelles Gedenken an die Opfer des Faschismus.
Mehr dazu auf Seite 8



Henning Schleiff bringt ein Buch über die Geschichte Rostocks heraus
Mehr dazu auf Seite 12

In dieser Ausgabe

Seite 2: Wohnraumförderung

Seite 3-5: Bundestagswahl

Seite 6/7: Aus dem Landtag

Seite 8: Gedenken 10.9.

Seite 8/9: Umgang mit der AfD

Seite 9: Weltfriedenstag

Seite 10: Bürgerschaft

Seite 10/11: Aus dem Landtag

Seite 11: Weltkindertag

Seite 12: Henning Schleiff

Seite 13: Rotfeder/Theater

Seite 14: Aus Lütten Klein

Seite 15: Wichtige Termine

Seite 16: Rostocker Skizzen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, nachdem nun die Bundestagswahl hinter uns liegt und auch der Spätsommer enttäuschend war, lassen wir uns nicht beirren und legen hiermit die Oktoberausgabe des KLARTEXT vor. Ein paar Einschätzungen zum Wahlausgang können wir schon vorlegen, tiefgründige Analysen wird es erst in der Novemberausgabe geben. Die Ansichten Oskar Lafontaines erhielten viel Widerspruch.



Bildet Euch eine eigene Meinung! Die politische Arbeit geht weiter. Ausführlich dokumentieren wir die Vorschläge unserer Landtagsfraktion zu den Haushaltsberatungen 2017/18 (Seiten 6 und 7). Die

Lektüre lohnt sich, zeigen sich hier doch die Schwerpunkte der politischen Arbeit der LINKEN im Land. Auch unsere Bürger-

schaftsfraktion arbeitet auf Hochtouren, wie Eva-Maria Kröger am Beispiel des sozialen Wohnungsbaus belegt (Seite 10).

Die Auseinandersetzung mit der AfD – in welcher Form auch immer – wird die nächsten Jahre prägen. Da lohnt sich ein Blick in die deutsche Geschichte, die auch heute

noch unser Lehrmeister sein muss. Lest bitte dazu die Seiten 8 und 9.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



Weit über 100 Gäste wollten es sich am 9. September nicht nehmen lassen, dem ehemaligen Umweltminister Prof. Wolfgang Methling persönlich zum 70. Geburtstag zu gratulieren. Die Anreise zur versteckt liegenden Küstenmühle östlich von Dierkow war eine Herausforderung für Ortsfremde, die aus ganz Mecklenburg-Vorpommern anreisten. So trudelten ab 10 Uhr die Gäste ein, gratulierten, trugen sich vielleicht in die Spendenliste für den Köhlerhof ein (3800 Euro sollen zusammengekommen sein) und lauschten den Laudationes auf den Jubilar. Die Laudatoren (unter ihnen Dietmar Bartsch und Sigrid Kehler, die ehemalige Finanzministerin) überzogen ihre Redezeit beträchtlich, denn jahrzehntelanges Wirken in Politik und Ehrenamt lässt sich nicht in drei Minuten angemessen würdigen. Wenig überraschend wurde Wolfgang immer wieder als Brückenbauer gewürdigt, dem Engstirnigkeit fremd ist, der seine Erfahrung und Klugheit mit Gewinn in zahlreiche Ehrenämter einbringt. Noch einmal: Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die kommenden Jahre!

Carsten Penzlin, Foto: Tom Scheidung

Managergehälter begrenzen
Niemand soll mehr als das 20fache des geringsten Lohnes im Unternehmen bekommen.
DIE LINKE.



KLARTEXT online

Die Landwirtschaft in Ostdeutschland muss unterstützt und bewahrt werden!

Die Agrarstrukturen in Deutschland befinden sich seit einigen Jahren stark im Wandel. In besonderer Weise ist davon Ostdeutschland betroffen.

Zu den Auswirkungen und der Bedeutung dieser Vorgänge äußerte sich Kerstin Kassner, Bundestagsabgeordnete von Rügen: „Wir haben in Ostdeutschland gewachsene Agrarstrukturen. Genossenschaften spielen hier eine wichtige Rolle. Besonders in Vorpommern mit seiner schwachen Wirtschaftsstruktur ist die Landwirtschaft – neben dem Tourismus – auch ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Daher halte ich die Ankündigungen aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Zukunft verstärkt kleine bäuerliche Betriebe fördern zu wollen für ein Problem. Das darf nicht zu einer Benachteiligung der land-

wirtschaftlichen Genossenschaften führen. Besonders beunruhigt mich allerdings die starke Konzentration von Bodenbesitz in den Händen einiger weniger Investoren, die oftmals agrarfremd sind und den Bodenerwerb lediglich als Teil ihres Investitionsportfolios betrachten.“

Als konkrete Gegenmaßnahme schlug die Abgeordnete ein stärkeres Einwirken des Bundes vor: „Der Gesetzgeber muss dafür sorgen, dass lokale Produzenten weiterhin Zugang zum Boden vor Ort haben und dass der Boden im Interesse des Gemeinwohls behandelt wird. Jedes Jahr Monokulturen auf den Feldern von Großinvestoren sind definitiv der falsche Weg.“ DIE LINKE. unterstützt sowohl kleine und mittelgroße bäuerliche Betriebe als auch den Genossenschaftsgedanken in der Landwirtschaft. Das zunehmende Engagement institutioneller und nichtlandwirtschaftlicher Großinvestoren und die Konzentration von großen Flächen in deren Händen werden von der Partei ebenso kritisch gesehen wie Monokulturen und der übermäßige Einsatz von Dünger und Pestiziden.

Pressemittteilung von Kerstin Kassner (MdB)



Toll, was die Damen im Gemeinsamen Haus in Rostock alles auf die Beine stellen. Ein großes Dankeschön vor allem an Brigitte Schneider (auf dem Bild 2. v. l.). Seit Jahren unterstützt der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE den Ehrenamtsball – in diesem Jahr durfte Heidrun Bluhm die frohe Botschaft und den Scheck persönlich überbringen. Macht bitte weiter so, auf die Unterstützung der LINKEN könnt ihr zählen!

Dank an unsere Wahlkämpfer*innen

Liebe Genossinnen und Genossen!
Die Wahl ist gelaufen. Bevor wir über Ergebnisse sprechen, sprechen wir über Euch – unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Wir sind alle zusammen sehr motiviert in den Kampf um das Direktmandat und ein gutes Zweitstimmenergebnis gezogen. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für Euer Engagement bedanken. Die positive Resonanz an vielen Infoständen und die sehr gut besuchten Wahlkampfveranstaltungen haben gezeigt, dass viele Bürger unser Engagement für soziale Gerechtigkeit und Frieden honorieren. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Danke!

DIE LINKE hat deutschlandweit zugelegt. Sie kommt auf 9,2 % (+0,6 %) und gewinnt ca. eine halbe Million Stimmen hinzu. Das ist ein Erfolg – auch vor dem Hintergrund des Aufstiegs der AfD. Wir haben leider viele Wähler (ca. 400.000) an die AfD verloren, gleichzeitig aber auch viele neue Wähler für uns gewonnen und von unserem Programm überzeugt. Das haben wir auch mit unserem Wahlkampf geschafft. Diesen Erfolg sollten wir nicht kleinreden. Besonders konnten wir diesmal bei den jungen Wählern punkten, bei den 18-34-Jährigen haben wir die besten Ergebnisse.

Es ziehen wieder drei linke Abgeordnete aus M-V in den Bundestag ein: Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm und Kerstin Kasner. In M-V kam DIE LINKE auf 17,8 %, mehr als Umfragen befürchten ließen, und deutlich mehr als bei der letzten Landtagswahl. Aber es wählten uns deutlich weniger Menschen als 2013 (21,5 %). Ein ostdeutscher Trend. In Rostock konnten

wir uns diesem Trend nicht entziehen. Im Wahlkreis 14, der auch Teile des Landkreises umfasst, holte DIE LINKE 20,7 %. Die



Verluste (- 3 %) fielen geringer aus als in den meisten anderen Wahlkreisen unseres Bundeslandes. In der Stadt Rostock erzielten wir ein Ergebnis von 22,1 % (2013: 24,8 %).

Dietmar Bartsch konnte das Direktmandat nicht holen. Er kam auf 24,8 % der Stim-

men im Wahlkreis (- 5,9 % zu 2013), Peter Stein auf 29,5 %. Selbst im Stadtgebiet Rostock gewann Peter Stein mit geringem Vorsprung (27 % zu 26,5 %). Dietmar war der richtige Kandidat, sein Ergebnis liegt deutlich über dem Zweitstimmenergebnis. Dietmar hat uns mit seinem Engagement begeistert. Obwohl er als Spitzenkandidat in ganz Deutschland Auftritte zu absolvieren hatte, zeigte er auch in Rostock starke Präsenz. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Dietmar! Erschrocken sind wir über das Ergebnis der AfD. 15,5 % im Wahlkreis 14, 14,7 % im Stadtgebiet Rostock. Wir hätten es nicht für möglich gehalten, dass die AfD selbst in Rostock Wahlbezirke gewinnt. Und das nach den Enthüllungen über Holger Arppe! Die Frage, wie wir die AfD bekämpfen, wird uns lange beschäftigen. Einfache Antworten gibt es hier nicht.

Ganz unabhängig vom Ergebnis der LINKEN, können wir mit dem Ergebnis der Wahl nicht zufrieden sein, denn die Entwicklung der Gesellschaft erschüttert uns. Es geht ein brutaler Rechtsruck durch Deutschland. Wir werden dem Zeitgeist keine Konzessionen machen, auf keinem Gebiet. Das würden unsere Wähler nicht verzeihen, ist aber auch eine Frage der Selbstachtung. Wir müssen die Menschen überzeugen, dass es eine linke Alternative gibt. Das ist unsere Aufgabe für die nächsten Jahre. Wir danken unseren Wählern und versprechen, uns in ihrem Sinne einzusetzen.

Mit solidarischen Grüßen

Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin
Kreisvorsitzende

Stimmen zum Wahlkampf (1)

Dietmar Bartsch: DIE LINKE hat zugelegt. Wir haben das zweitbeste Ergebnis unserer Geschichte erzielt. Darauf können wir stolz sein. Ansonsten ist das Ergebnis ein Riesenproblem. Es gibt eine Rechtsentwicklung im Land. Sowohl die AfD hat ein erschreckendes Ergebnis, aber auch die Steigerung bei der FDP ist ja nicht ein Ruck nach links. Das müssen wir annehmen. Das werden wir präzise analysieren müssen – gerade auch in den neuen Ländern –, wo unsere Herausforderungen sind. Aber es bleibt dabei: Wir haben zugelegt. Die Verantwortung für dieses Auseinanderdriften liegt bei der Großen Koalition, die Mehltau übers Land gelegt hat und die verwaltet hat und nicht gestaltet hat. Dass das nicht mehr weitergeht, begrüße ich zunächst mal. DIE LINKE ist natürlich Protestpartei gegen die herrschenden Ver-

hältnisse, das wird sich auch nicht ändern. Aber wir sind selbstverständlich auch Gestaltungspartei. Wir regieren in drei Bundesländern erfolgreich – in vielen Kommunen. Und wir müssen genau das auch mit Enthusiasmus weiter tun. Im Bundestag wird DIE LINKE die soziale Opposition sein und die Friedenspartei. Wir werden uns schnell finden und dann unsere Aufgabe annehmen. (...) 500.000 Stimmen und fünf Abgeordnete in der neuen Fraktion mehr für DIE LINKE ist ein deutlicher Gewinn. Es rächt sich bitter, dass die Mehrheit jenseits der Union, die es in der letzten Legislatur gegeben hat, nie politisch

genutzt worden ist – nur einmal bei der Ehe für alle. Unsere Aufgabe im neuen Parlament ist klar und eindeutig: Wir werden DIE soziale Opposition sein – ohne wenn und aber.



Stimmen zum Wahlkampf (2)

Gregor Gysi: Die Wahl ist eine Zäsur in der deutschen Geschichte. Erstmals ist eine offen nationalistische und rassistische Partei, die in ihren Reihen auch den Rechtsextremismus duldet, in den Bundestag gewählt worden und dann auch noch als drittstärkste Fraktion. Was wir jetzt benötigen ist ein Sprung von der CSU bis zur Linken, um bei allen Unterschieden zwischen ihnen eine gemeinsame Strategie zum Abbau des Interesses zu entwickeln, die AfD zu wählen. Das wäre dringend erforderlich. Ich habe allerdings meine Zweifel, ob die Parteien insgesamt diese Kraft finden. Drei Dinge wären in Deutschland erforderlich, um diesen Abbau des Wahlinteresses an der AfD zu erreichen: Erstens benötigen wir unverzügliche und wirksame Schritte zum Abbau der Fluchtursachen. Zweitens brauchen wir einen sozialen Schub in Deutschland, d.h. die Überwindung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigung, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, eine Rente, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert, eine Beseitigung der Kinderarmut und die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin. Drittens benötigen wir die Herstellung der deutschen Einheit, d.h. gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung und Investitionen in allen – nicht nur ostdeutschen – strukturschwachen Regionen, um eine wirtschaftliche Angleichung zu ermöglichen. Das Wahlergebnis der Linken ist ganz gut, erreichte aber nicht unser Ziele, drittstärkste Kraft im Bundestag zu bleiben und ein zweitstelliges Ergebnis. Wir müssen also nachdenken, ob und wie wir uns politisch, kulturell und strukturell verändern müssen. Bei den Wählerinnen und Wählern in Treptow-Köpenick, die mir in erstaunlich großer Zahl die Erststimme gegeben haben, möchte ich mich herzlich bedanken. Ein kleines bisschen stolz bin ich darauf, das beste Erststimmenergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten sämtlicher Parteien in Berlin erreicht zu haben.

Sahra Wagenknecht: Ich freue mich über einen Zuwachs und das zweitbeste Ergebnis in unserer Parteiengeschichte. Gerade in einem viel schwierigeren Umfeld als bei den vorherigen Wahlen ist das ein echter Erfolg! Unser Wahlziel drittstär-

ste Kraft zu bleiben, haben wir allerdings verfehlt. Umso mehr müssen wir nun erst recht eine starke Oppositionsarbeit ma-



Gregor Gysi im Gespräch mit Dietmar Bartsch im August 2017 auf dem Neuen Markt



Reger Zuspruch für die Veranstaltung mit Gregor auf dem Neuen Markt. Wart Ihr auch dabei?

chen, die die soziale Frage in den Mittelpunkt stellt. Von keiner anderen Partei – am allerwenigsten von der AfD – sind hier konsequente Ansagen zu erwarten. Und der Erfolg der AfD – das belegen auch deren massive Verluste – geht in erster Linie auf das Konto des Staatsversagens von Union und SPD. Das zeigt: Wir Linken werden dringend gebraucht und wir werden weiter Druck machen für höhere Löhne, bessere Renten und Abrüstung!



Dietmar im Zoo

Oskar Lafontaine: (...) Allen Grund nachzudenken hat DIE LINKE trotz ihres guten Ergebnisses darüber, dass nur 11 Prozent der Arbeitslosen sie unterstützt haben – weniger als SPD (23 Prozent), AfD (22 Prozent) und Union (20 Prozent) und gerade mal etwas mehr als FDP und Grüne (je 7 Prozent) – und nur 10 Prozent der Arbeiter (Union 25 Prozent, SPD 24, AfD 21). Das sind zwei Prozent mehr als bei der FDP(!), die von acht Prozent der Arbeiter gewählt wurde.

Der Schlüssel für diese mangelnde Unterstützung durch diejenigen, die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden, ist die verfehlt „Flüchtlingspolitik“. Dieser Vorwurf trifft nicht nur DIE LINKE, sondern alle bisher im Bundestag vertretenen Parteien, weil bei ihren Antworten auf die weltweite Flüchtlingsproblematik das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit außer Kraft gesetzt wurde. Und das auf doppelte Weise: Die soziale Gerechtigkeit verpflichtet dazu, denen zu helfen, die darauf am meisten angewiesen sind. Man darf die Lasten der Zuwanderung über verschärfte Konkurrenz im Niedriglohnsektor, steigende Mieten in Stadtteilen mit preiswertem Wohnraum und zunehmende Schwierigkeiten in Schulen mit wachsendem Anteil von Schülern mit mangelnden Sprachkenntnissen nicht vor allem denen aufbürden, die ohnehin bereits die Verlierer der steigenden Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sind. Die Erfahrung in Europa lehrt: Wenn diese Menschen sich nicht mehr durch linke bzw. sozialdemokratische Parteien vertreten fühlen, wählen sie in zunehmendem Maße rechte Parteien.

Noch schwerwiegender wird gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verstoßen, wenn man die Menschen, die vor Krieg, Hunger und Krankheit fliehen, in den Blick nimmt. Nur eine Minderheit schafft es, mehrere Tausend Euro aufzubringen, mit denen man Schlepper bezahlen kann, um nach Europa und vorwiegend nach Deutschland zu kommen. Millionen Kriegsflüchtlinge vegetieren in den Lagern, weitere Millionen Menschen haben gar keine Chance, ihre Heimat wegen Hunger und Krankheit zu verlassen. Man hilft unstrittig viel mehr Menschen, wenn man die Milliarden, die ein Staat ausgibt, um das Schicksal der Ärmsten dieser Welt zu verbessern, dazu verwendet, das Leben in den Lagern zu erleichtern und Hunger und Krankheit in den Armutsgebieten zu bekämpfen. Und wenn man die Milliarden, die für Interventionskriege und Rüstung ausgegeben werden, ebenfalls dazu nutzt, den Ärmsten in der Welt zu helfen, dann könnte viel Gutes bewirkt werden.

Die „Flüchtlingspolitik“ der zu Recht abgestraften „Flüchtlings-Kanzlerin“ Merkel war völlig unglaubwürdig, weil ihr angebliches Mitgefühl für die Kriegsflüchtlinge sie nicht davon abhielt, Waffen über die Golf-Emirate an die Dschihadisten zu liefern und sich an der Bombardierung Syriens, die die Menschen in die Flucht trieb, zu beteiligen.

Eine linke Partei darf bei der Hilfe für Menschen in Not das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht außer Kraft setzen. (...)

Wahlkampf im Landkreis Rostock

„Am 24. September 2017 finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt!“, das wussten die interessierten Bürgerinnen und Bürger. Was die meisten Wählerinnen und Wähler nicht wissen oder nur ahnen, wie viel Arbeit, Zeit und logistische Überlegungen in Vorbereitung auf solche Wahlen stecken. Das sind nicht nur die 6 Wochen „heiße“ Wahlkampfphase, das sind Monate. Jetzt liegt der Bundestags-Wahlkampf 2017 hinter uns. Sechs Wochen intensive, politische Arbeit mit unzähligen Bürgergesprächen, Plakatieren, Material stecken, der Truck-Tour oder den Friedens- und Sommerfesten unserer Partei.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich im Namen des Kreisvorstandes des Landkreis Rostock unserer Partei bei allen Wählerinnen und Wählern, die uns ihr Vertrauen schenken, recht herzlich zu bedanken. Unser Dank gilt den unzähligen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern aus den Basisorganisationen, die sich nicht geschont haben, um die anfallenden Aufgaben zu erfüllen.

Auf eine Aufzählung einzelner Genossinnen und Genossen möchte ich eigentlich verzichten, um nicht den Fehler zu begehen, jemanden ungenannt zu lassen. Und trotzdem möchte ich an dieser Stelle drei Menschen benennen, bei denen ich mich ganz besonders bedanken möchte.

Klaus Hillig von der BO Retschow, der mich seit Jahrzehnten bei jedem Wahlkampf tagelang aktiv in der „schnellen Eingreiftruppe“ unterstützt.

Inge Eichholz von der BO Teterow, die ebenfalls über viele Jahre den Wahlkampf im Bereich Teterow und Mecklenburgische Schweiz logistisch vorbereitet und auch selbst Hand anlegt. Und

Nico Burmeister von der BO Südstadt/Güstrow, der ohne zu zögern Tag für Tag einsatzbereit war.

Ein weiteres Dankeschön gilt dem Kreisverband der LINKEN der Hansestadt Rostock sowie den Unterstützerinnen und Unterstützern überregional und aus anderen Landesverbänden für die aktive Hilfe und Unterstützung im Landkreis Rostock. Stellvertretend sei **Kristin Schröder** genannt, die dankenswerterweise die logistische Vorbereitung und Führung ihrer Kräfte übernommen hat.

Auf Bundesebene gehen wir gestärkt aus dieser Wahl hervor. Mit 9,2% konnten wir unser Ergebnis aus dem Jahr 2013 um 0,6 Prozentpunkte verbessern. Auf Landesebene liegen wir mit 17,8 % zwar deutlich über dem Ergebnis

der Landtagswahl 2016, haben aber gegenüber der Bundestagswahl 2013 3,7 % ver-

loren. Unser Landesverband hat im Osten die geringsten prozentualen Einbußen. Das kann nur ein kleiner Trost sein, sollte aber unsere Überlegungen in Richtung der Gewinnung neuer Mitglieder und der überzeugenderen Vermittlung unserer Politikangebote bei den Menschen richten. Beginnen muss dieser Prozess bei unserer eigenen Mitgliedschaft, denn nur wenn diese von unseren Angeboten selbst überzeugt ist, wird es gelingen, sie als überzeugendes „Sprachrohr“ im Alltag wiederzuerkennen.

Unser Landkreis Rostock wurde zur Bundestagswahl in drei Wahlkreise aufgeteilt. D.h. wir hatten drei Direktkandidaten, die unsere Unterstützung bedurften.

Im **Wahlkreis 13** (Altkreis Bad Döberan – bis 1994) **Horst Krumpen**, im **Wahlkreis 14** (Altkreis Rostock-Land – bis 1994) **Dr. Dietmar Bartsch** und

im **Wahlkreis 17** (Altkreis Güstrow) **Heidrun Bluhm**.

Im **Wahlkreis 13** erhielten wir **16,2 %** (- 6,7 % zu 2013) der **Erststimmen** und **16,8 %** (- 4,5 %) bei den **Zweitstimmen**. Im **Wahlkreis 14** waren es **24,8 %** (- 5,9 %) der **Erststimmen** und **20,7 %** (- 3,0 %) der **Zweitstimmen**. **17,3 %** (- 5,4 %) der **Erststimmen** und **16,9 %** (- 4,6 %) der **Zweitstimmen** konnten wir im **Wahlkreis 17** auf uns vereinen. Dies ist eine erste Übersicht. Bis zu unserer Gesamtmitgliederversammlung am 25. November ist eine Analyse mit erforderlichen Schlussfolgerungen für unsere weitere politische Arbeit erforderlich.

Im Namen des Kreisvorstandes bedanke ich mich bei unseren drei Direktkandidaten für ihre große Einsatzbereitschaft und gratuliere Heidrun Bluhm und Dietmar Bartsch zum Wiedereinzug

in den Deutschen Bundestag! Mit unserem auf Bundesebene erreichten Ergebnis können wir zufrieden sein. DIE LINKE hat über 540.000 Stimmen hinzugewonnen. Gemeinsam haben wir das zweitbeste jemals erreichte Ergebnis erkämpft.

Als LINKE werden wir Kurs halten gegen rechte Hetze, für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Peter Hörnig (Kreisvorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Landkreis Rostock)

Fotos: Nico Burmeister



Aus dem Landtag: Mehr Schein als Sein

Erste Bewertung des Entwurfs der Landesregierung und eigene Vorschläge für den Doppelhaushalt 2017/2018

Fraktionsvorsitzende Simone Oldenburg: Die Landesregierung gibt stets vor, bereits alles zu tun, was für das Land erforderlich ist. Ihre Vertreterinnen und Vertreter werden nicht müde, bei jeder Gelegenheit ihre angeblich guten Taten im Haushalt zu verkaufen, zum Beispiel die minimale Elternentlastung bei der Kindertagesbetreuung, wenige neue Stellen bei der Polizei oder scheinbare Extragelder für die Kommunen.

Wir müssen feststellen: Im Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt herrscht mehr Schein als Sein. Die in Zahlen gegossene Politik der Landesregierung versagt an entscheidenden Stellen.

Der Entwurf des Doppelhaushalts zeichnet ein Bild der Mutlosigkeit. Es drängt sich der Eindruck auf, dass sich die Landesregierung bereits im Winterschlaf befindet. Betroffen sind vor allem Investitionen in Kinder, Jugendliche und die Bildung. Gerade in diesen Bereichen ist eine selbstbewusste Politik dringend erforderlich. Nicht Kleckern, sondern Klotzen – das ist das Gebot der Stunde. Dies ist bei der Finanzlage des Landes auch machbar. Zum einen sprudeln die Steuereinnahmen. Zum anderen hat das Land eine großzügige Ausgleichsrücklage von mehr als einer Milliarde Euro. Hinzu kommt, dass die Landesregierung angstgesteuert bei den Steuereinnahmen in den kommenden Jahren einen so genannten Sicherheitsabschlag in Höhe von 180 bis 200 Mio. Euro vornehmen will. Das Land rechnet sich ärmer als es ist.

Finanzexpertin Jeannine Rösler: Wir sehen viel Luft im Haushalt und einen viel zu lockeren Umgang mit Haushaltswahrheit und -klarheit. Statt Geld in dreistelliger Millionenhöhe im dunklen Keller zu bunkern, muss es im Land klug investiert werden. Jeder Euro, der Entwicklung befördert, ist bestens angelegt. Anders als die Landesregierung, die 75 Prozent der möglichen Haushaltsüberschüsse für die Schuldentilgung und 25 Prozent für Investitionen hernehmen will, wollen wir die Mittel für wichtige Investitionen auf 50 Prozent der Überschüsse erhöhen. Dies ist etwa zur Unterstützung und Gestaltung der ländlichen Räume zwingend erforderlich. Wir müssen in Zeiten von Haushaltsüberschüssen kräftig investieren, und zwar dort, wo Potenziale gehoben werden können. Die neue Vorpommernförderung ist ein Witz. Die Landesregierung macht ein großes Tamtam über gerade mal 3 Mio. Euro, die hinten und vorne nicht reichen – auch hier

herrscht mehr Schein als Sein.

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir rechnen können und Haushaltskonsolidierung für uns kein Fremdwort ist. Eine Kreditaufnahme kommt für diesen Doppelhaushalt nicht in Frage. Wir wollen, dass sowohl der Haushalt des Landes als auch die Haushalte der Kommunen auskömmlich finanziert sind. Das geht nicht ausschließlich über Einsparungen! Das geht vor allem über zusätzliche Steuereinnahmen. Die großen Vermögen und Einkommen müssen endlich stärker besteuert werden. Deshalb werden wir nicht müde, die Landesregierung aufzufordern, in diesem Sinne endlich aktiv zu werden. Schöne Reden nützen nichts: Initiative muss her.

Unsere Vorschläge für den Doppelhaushalt:

Kita: Die von der Landesregierung versprochene Elternentlastung für Kinder in der Kita ist zu kurz gesprungen. Erst werden die Eltern lange hingehalten, dann mit einem kleinen Betrag angefüttert und letztlich werden Entlastungen wieder durch Kostensteigerungen aufgefressen. Das Land muss mehr Verantwortung übernehmen. Wir fordern die komplette Beitragsfreiheit für die Kita.

1. Schritt: Kostenfreiheit für Eltern von 3- bis 6-jährigen Kindern – 50 Mio. Euro

Gleichzeitig muss die Fachkraft-Kind-Relation im Hort verbessert werden. M-V ist bundesweit Schlusslicht bei der Fachkraft-Kind-Relation in den Kitas. Wir fordern mehr Qualität in der Betreuung durch bessere Betreuungsschlüssel und mehr Zeit für jedes einzelne Kind.

Betreuungsschlüssel im Hort auf 1:18 – 14 Mio. Euro

Kinderkarte: Alle reden davon, dass Kinder eine chancengleiche Entwicklung brauchen. Wenn es dann konkret wird – Pustekuchen. Wir wollen in einem ersten Schritt einen selbstbestimmten Zugang zu Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Sportangeboten. Jedes Kind zwischen 6 und 16 Jahren erhält eine Kinderkarte unabhängig vom Elterneinkommen, ein monatliches Budget in Höhe von 50 Euro, abrufbar für die Mitgliedschaft in Sportvereinen, den Besuch von Musikschulen, die Teilnahme an Kunst- und Kulturveranstaltungen, Freizeitangeboten oder auch Nachhilfeunterricht.

Einführung einer Kinderkarte für M-V – 70 Mio. Euro

Schule. Bildung: In der Bildung wird wie bisher nur gekleckert. Wir müssen klotzen. Große Probleme wie der Unterrichtsaus-

fall aufgrund fehlender Lehrerinnen und Lehrer sowie das Arbeiten der Lehrkräfte an ihrer Belastungsgrenze werden damit kaum aufgelöst. Wir fordern seit Jahren ein Vertretungsbudget für Lehrerinnen und Lehrer. Damit kann Unterrichtsaufall vermieden und die Mehrarbeit bei Lehrerinnen und Lehrern ab der ersten Stunde bezahlt werden. Jede Lehrkraft würde eine Wochenstunde mehr vergütet bekommen, um die Vertretungsstunden, die sie über das Schuljahr hinweg lehrt, auch abzugelten.

Vertretungsbudget einführen – 22 Mio. Euro

Die Grundlagen für gutes Lernen und einen erfolgreichen Schulabschluss werden in der Grundschule gelegt. Zur Verbesserung der Grundlagen in der Fächern Deutsch und Mathematik schlagen wir jeweils eine weitere Stunde Deutsch in der Klassen 2 bis 4 vor und eine weitere Stunde Mathematik in den Klassen 1 und 2.

Die bereits von der Landesregierung verkündete Deutschstunde mehr in Klasse 1 und 2 ist nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein. Dieser Minischritt verkennt den enormen Bedarf und kann nur ein Anfang sein. Die Landesregierung muss endlich kapieren, dass gute Kenntnisse in Deutsch und Mathe elementar für eine gute Schulbildung sind.

Für die Lehrkräfte muss wieder die Möglichkeit der Altersteilzeit geschaffen werden. Diese muss nichts kosten und würde die Attraktivität des Berufes entscheidend erhöhen.

Mehr Unterricht an der Grundschule – 18 Mio. Euro.

Jugend- und Schulsozialarbeit: Die Jugend- und Schulsozialarbeit ist für die Landesregierung ein Stiefkind. Trotz großspuriger Ankündigung der Sozialministerin im April dieses Jahres, das Kinder- und Jugendfördergesetz zu ändern, ist bislang nichts passiert. Auch im Doppelhaushalt ist von einer erforderlichen Stärkung nichts zu finden. Die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit müssen flächendeckend ausgebaut und dauerhaft sichergestellt werden. Bei der Schulsozialarbeit wurde durch die Landesregierung in Kauf genommen, dass BuT-finanzierte Stellen an den Schulen wegbrechen. Und ein dauerhaftes Konzept zur Sicherung der Schulsozialarbeit im Land liegt bis heute nicht vor.

Förderung auf 6- bis 26-jährige ausweiten und Grundförderung auf 10 Euro pro Kopf erhöhen. Sofortige Sicherung der aktuellen Stellen und mittelfristig Ausbau der Stellen – 5 Mio. Euro

Arbeitsmarkt: Die Landesregierung darf nicht länger die Augen vor der nach wie vor hohen Langzeitarbeitslosigkeit verschließen. Sie muss endlich aktiv bekämpft werden. Sowohl junge als auch ältere Menschen und Akademiker, die bereits seit Jahren ohne Beschäftigung sind, brauchen Unterstützung u.a. durch Finanzierung gemeinwohlorientierter Arbeit, ein Gemeindearbeiter-Programm und ein Campus-Projekt, das speziell arbeitslose Akademiker in den Arbeitsmarkt zurückführt.

Integration Langzeitarbeitsloser – 5 Mio. Euro

Soziale Wohnraumförderung: Die Landesregierung versteckt große Summen, die vom Bund u.a. für die Soziale Wohnraumförderung dem Land zur Verfügung gestellt werden. Endlich Transparenz im Haushalt schaffen! Alle finanziellen Mittel des Bundes müssen auch zweckgebunden für die soziale Wohnraumförderung eingesetzt werden. Dann hätten wir 21,3 Mio. Euro pro Jahr mehr, um das Aufzugsprogramm und die Mittel für den Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand aufzustocken und soziale Mieten zu sichern. Weitere zig Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung stünden zur Verfügung, wenn die Landesregierung auch die Einnahmen aus Zinsen und Tilgungen der Wohnungsunternehmen nutzen würde, die aus früheren Wohnungsbau Darlehen jährlich in den Haushalt fließen. Würden alle Einnahmequellen genutzt, stünden jährlich über 200 Mio. Euro für Wohnraumförderung zur Verfügung!

ÖPNV. Kostenfreie Fahrt für Schüler und Azubis: ÖPNV darf sich nicht mehr weitgehend auf die Schülerbeförderung beschränken. Der ÖPNV braucht eine Initialzündung, um langfristig die Mobilität für alle in ganz M-V sichern zu können. Für eine deutliche Ausweitung des Angebotes ist mehr Geld nötig. Die Mittel sollen den Aufgabenträgern – Landkreisen und kreisfreien Städten – direkt zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug können Schüler und Azubis mit dem Mobi-Pass alle ÖPNV- und SPNV-Angebote kostenfrei nutzen. Kinder und Jugendliche können damit auch außerhalb der Schulzeit, an den Wochenenden und in den Ferien mobil sein. ÖPNV soll eine Alternative zum eigenen Auto sein – bezahlbar und umweltschonend.

Mobi-Pass für Kinder und Jugendliche – 63 Mio. Euro

Ländliche Räume: Es gibt kaum neue Impulse durch die Landesregierung für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in M-V. Seit einem Jahr und erst

recht im Wahlkampf mimen CDU und SPD den großen Retter der ländlichen Räume. Der Landwirtschaftsminister erklärte, am Geld solle es nicht liegen, wenn Kommunen Ideen für die Entwicklung hätten. Wir fragen uns, wo die gönnerhaften Geldgeschenke im Haushalt versteckt sind. Und die „Milchtüte“ vom Infrastrukturminister füllt sich auch nicht auf die Weise, wie es wirklich erforderlich wäre. Das Sondervermögen „Strategiefonds des Landes M-V“ speist sich aus 25 Prozent möglicher Haushaltsüberschüsse. Wir wollen, dass mindestens 50 Prozent der Überschüsse in einen solchen Fonds fließen.

Regionalbudgets aus dem Strategiefonds – 50 Mio. Euro.

Tierschutz: Die Begrenzung der investiven Förderung auf einen maximalen Fördersatz des Landes von 50 Prozent lehnen wir ab. Es muss bei einer 90-prozentigen Förderung der Investitionen für Tierheime bleiben. Die Streichung der Mittel für Kastration von freilebenden Katzen muss

eingestellten Mittel für Stipendien reichen gerade mal für 13 angehende Ärzte.

Aufstockung der Mittel „Stipendien für Ärzte auf dem Lande“ von 50 000 auf 150 000 Euro in 2018 und 250 000 Euro in 2019 (per 1.7.2017 Bedarf an 125 Hausärzten; 1164 z.Z.; durchschn. Alter 53,2 Jahre; ältester prakt. Arzt 80 Jahre)

„Wer Unkraut sät, drischt kein Getreide!“ In Gesundheitsförderung und Prävention bleibt die Landesregierung meilenweit hinter den Erfordernissen zurück. So lässt sich die gesundheitliche Situation der Bevölkerung langfristig nicht spürbar verbessern.

Aufstockung der Gesundheitsförderung und Prävention um 500 000 in 2018 und um 750 000 Euro in 2019

„Worte, Worte, nichts als Worte!“ Die Landesregierung löst den Investitionsstau in der Krankenhauslandschaft nicht auf. Sie nimmt ein „Wirtschaften auf Substanzverlust“ hin.

Erhöhung der pauschalen Krankenhausförderung um jährlich 1,5 Mio. Euro, Einrichtung eines Geburtshauses gemeinsam mit Motherhood e.V. sowie Sicherung der Geburtenstationen an gefährdeten Standorten.

Kommunale Finanzausstattung: Versprochen war eine grundlegende Novelle des Finanzausgleichsgesetzes (FAG). Davon ist heute keine Rede mehr. Es bleibt bei einem Reförmchen, das keine spürbare Verbesserung für die Kommunen bringt. Die bislang gezahlte Sonderhilfe in Höhe von rund 40 Mio. Euro, die in diesem Jahr ausläuft, wird durch eine Aufstockung der FAG-Masse nicht einmal ausgeglichen. 34 Mio. Euro pro Jahr kommen nunmehr direkt in das System. Das entspricht einer Erhöhung der Beteiligungsquote um 0,5 Prozent. **Erhöhung der Beteiligungsquote um mindestens 1 Prozent, damit die Kommunen tatsächlich mehr Geld**

haben – 35 Mio. Euro.

Erst damit wäre ein Anfang gemacht, um die Pro-Kopf-Zuweisungen tatsächlich zu stärken. Es ist zudem ein Hohn, dass die Landesregierung es als Erfolg verkauft, wenn sie die vereinbarten Entlastungsmittel des Bundes (für M-V 85 Mio. Euro) vollständig an die Kommunen weitergibt. Diese Mittel stehen den Kommunen hundertprozentig zu – ohne Wenn und Aber. Wir erwarten, dass die zugesagten Entschuldungshilfen – 36,7 Mio. Euro in 2018 und 33,5 Mio. Euro in 2019 – unbürokratisch und rasch bei den hoch verschuldeten Kommunen ankommen. Sie haben das Geld bitter nötig. Es nützt gar nichts, wenn diese Gelder jetzt in einem Fonds lange vor sich hin schmoren.



zurückgenommen werden.

Sie müssen von 20 000 auf 40 000 Euro erhöht werden.

Prävention. Gesundheit: Präventive Maßnahmen sind im Doppelhaushalt nicht ausreichend berücksichtigt und finanziert. Zum Beispiel ist eine Stärkung der Kriminalitätsvorbeugung und der Gesundheitsprävention angezeigt. Vorsorge ist besser als Nachsorge. Und Vorsorge spart mittel- und langfristig Geld. **Stärkung der Polizeiliche Prävention, der Kriminalitätsvorbeugung und des Präventionsprojektes Grenzkriminalität – 80 000 Euro.**

„Viel Lärm um nichts!“ gibt's auch in Bezug auf den Ärztemangel auf dem Lande. Die

Gedenken an die Opfer des Faschismus

Am 10. September versammelten sich im Rostocker Rosengarten am Mahnmal für die Opfer des Faschismus wieder viele Antifaschist*innen, um an diesem Tag an die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte zu erinnern. Angesichts des Aufstiegs der AfD und der jüngsten Ereignisse – Aufdeckung rechtsextremer Netzwerke, Skandal um den AfD-Politiker Holger Arppe, Wahlkampf der AfD – lag es für die beiden Redner Cornelia Mannewitz (Rostocker Friedensbündnis) und Carsten Penzlin (Kreisvorsitzender DIE LINKE. Rostock) nahe, in ihren Beiträgen Bezug auf die Gegenwart zu nehmen.

Frau Dr. Mannewitz informierte die Anwesenden über aktuelle Erkenntnisse im Fall Franco A., dem rechtsextremen Bundeswehr-Soldaten. Seine rechtsextreme Gesinnung war in der Bundeswehr kein Geheimnis; unklar sind nachwievor die Dimensionen der rechtsextremen Netzwerke in der Bundeswehr.

Daran knüpfte auch Carsten Penzlin in seiner Rede an. Die Demokratie in Deutschland sei stark, sagte er, aber wir müssen auf der Hut sein, denn der NSU-Prozess habe gezeigt, was möglich ist, wenn der Staat nicht wachsam gegenüber rechts-extremen Verschwörern und Mördern ist. Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft als Bollwerk gegen Hass und Gewalt, die Verteidigung von Freiheit und Demokratie müsse ein gemeinsames Anliegen aller Demokraten über Parteigrenzen hinweg sein. Auch das sei eine Lehre aus der Geschichte.

Fotos: Marlis Schröder



Cornelia Mannewitz



Regine Lück, Vorsitzende der VVN Rostock



Beschluss des Landesvorstandes: Haltung zeigen!

Von Boizenburg bis Wolgast: Keine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland.

Der Landesvorstand erteilt Versuchen, mit Mitgliedern und UnterstützerInnen der Partei "Alternative für Deutschland" (kurz: AfD) in jeglicher Form zusammen zu arbeiten, eine klare Absage.

Die Veröffentlichung der Chat-Protokolle des nun ehemaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Holger Arppe und weiterer Landtagsabgeordneter sowie Vertreterinnen und Vertreter dieser Partei, geben einen unmissverständlichen Einblick in das menschenverachtende Weltbild der AfD. Sie offenbaren das Innenleben einer Partei, in der Tötungsfantasien gegen Linke unwidersprochen bleiben und sogar noch angeheizt werden. Tabubrüche und Scheindistanzierungen im Nachgang sind kalkulierte Manöver mit dem Ziel, rechts-extremistische Haltungen in der Gesellschaft zu verankern.

Hinter der offiziellen Maske einer sich bürgerlich und national-konservativ gebenden Partei, wird ein radikales Gedankengut gepflegt, das selbst Aussagen der NPD in

friedlich und besonnen zu geben und ihnen "Honig ums Maul zu schmieren" und "sie alle an die Wand zu stellen", sobald man soweit sei, sind Ausdruck dieser nicht länger für uns hinnehmbaren Bigotterie. In Anbetracht solcher Strategien – seien sie auch nur von Einzelpersonen – verbieten sich Kooperationen mit der AfD.

Es geht für DIE LINKE um Glaubwürdigkeit. Wir können uns nicht von der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften, wie der NPD, in aller Form distanzieren und gleichzeitig über Gewaltandrohungen gegenüber linken Kräften und von Hass getriebener Argumentation durch die AfD hinwegsehen. Der Landesvorstand wird eine Kooperation mit der AfD nicht hinnehmen und ruft alle Mitglieder der Partei zu ebensolcher Kritik auf.

Wir beobachten zudem mit Sorge ein gesellschaftliches Klima, in dem von immer mehr Menschen massive Gewaltandrohungen von rechts hingenommen, bagatellisiert und damit normalisiert werden. Dies verdeutlicht, wie weit das Gedanken-



nichts nachsteht und auch im bundesdeutschen Vergleich kein Einzelfall ist. Aufforderungen, sich nach außen gegenüber den demokratischen "Blockparteien"

KLARTEXT

gut rechter Kräfte bereits wieder in die Gesellschaft vorgezogen ist. Selbst die mediale Berichterstattung, wie zuletzt in den Fernsehduellen zur Bundestagswahl, lässt sich von falschen Behauptungen und Themensetzung von rechts treiben und trägt somit zu einer Verbreitung und Normalisierung rechter Argumente bei. Gera-

de in so einer Zeit braucht es eine klare Haltung gegen den Hass und die Diffamierung unseres freiheitlich-demokratischen Systems. Dafür muss die DIE LINKE geschlossen eintreten. Mit dieser Haltung, unseren programmatischen Vorstellungen und unserer Sacharbeit für alle Menschen, müssen wir die Wählerinnen und Wähler

von uns überzeugen. Wir bestärken alle Genossinnen und Genossen, die sich in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Menschen befinden, weiterhin für ein solidarisches Miteinander zu streiten.

Hassreden, Protest schüren und Provokation sind keine Politik

Die AfD-Fraktion im Schweriner Landtag hat sich gespalten. Zur neuen Fraktion „Bürger für Mecklenburg-Vorpommern“ erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Es zeigt sich einmal mehr, dass Proteste schüren, Hassreden und Provokation keine Politik sind. Dies sind jedoch genau die Instrumente, derer sich die AfD bedient. Die Positionen am rechten Rand waren der Kitt der bisherigen Fraktion, die weder Lösungen für Probleme aufgezeigt noch Konzepte vorgelegt hat. Das gilt auch für die vier Abgeordneten der

neuen Fraktion. Sie haben alles mitgetragen, was an fragwürdigen Auffassungen vertreten wurde. Holger Arppes abscheuliche Gedankenspiele waren längst bekannt, zu Webers biodeutschen Fantasien wurde geschwiegen, Verbindungen von AfD-Abgeordneten in die Nazi-Szene, zur Identitären Bewegung oder Burschenschaften wurden hingenommen.

Es war lediglich eine Frage der Zeit, wann sich die zutiefst zerstrittene AfD spaltet. Die jetzt gebildete Fraktion kann bereits in dieser Woche zeigen, ob sie die Distanzierung von Rassisten und Menschenfeinden ernst meint, und dem Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Linken ‚Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament‘ zustimmen.“



Weltfriedenstag: Gedenken in Bad Doberan

Auf Einladung des Bad Doberaner Aktionsbündnisses „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ fand am 1. September 2017 ein ehrendes Gedenken anlässlich des Weltfriedentages am Ehrenmal im Bad Doberaner Bachgarten statt. Die Beteiligung von Bürgern Bad Doberans und Umgebung war erfreulich hoch. Zu den Versammelten sprach Birgit Schwebs, Mitglied des Kreistages Landkreis Rostock. Sie gedachte der sinnlosen Opfer von Kriegen und Gewalt in Vergangenheit und Gegenwart. Es gilt die Hauptursache von Kriegen und Gewalt zu bekämpfen, das hemmungslose Profitstreben, vor allem über Rüstungs- und Waffenexporte.

Friedrich Keding, Vorsitzender der Basisorganisation XII Bad Doberan



Birgit Schwebs spricht



Aus der Rostocker Bürgerschaft

Beschlossen: Bündnis für Wohnen in Rostock wird gegründet

Im Zuge der letzten Bürgerschaftssitzung wurde mit großer Mehrheit das von unserer Fraktion initiierte Wohnungsbaubündnis beschlossen. Der Oberbürgermeister hat nun den Auftrag, zur aktiven und sozialverträglichen Weiterentwicklung des Rostocker Wohnungsmarktes eine Vereinbarung mit hiesigen Wohnungsunternehmen abzuschließen. In Hamburg arbeitet ein ähnlicher Zusammenschluss bereits sehr erfolgreich. Unsere Fraktion erhofft sich, mit diesem Schritt endlich dem Ziel näher zu kommen, den steigenden Mieten in Rostock entgegenzuwirken. Zu dem Bündnis sollen die Genossenschaften, die WIRO, Mitglieder der Stadtverwaltung, der Mieterverein, die Architektenkammer und weitere Akteure gehören. Sie sollen gemeinsam dafür sorgen, dass endlich kostengünstiger Wohnraum durch öffentlich geförderte Mietwohnungen entsteht. Auch der Umbau bestehender Wohnungen in barrierearme und altersgerechte Lebensräume soll eine besondere Aufmerksamkeit bekommen. Moderne Energiekonzepte, die Bezahlbarkeit der Nebenkosten und natürlich eine frühzeitige und ernsthafte Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe müssen ebenfalls beachtet werden.

Das Rostocker „Bündnis für Wohnen“ soll zum 1. Januar 2018 gegründet werden. Das Besondere: Die Bürgerschaft betonte in einem extra Punkt des Antrages, dass die WIRO als kommunales Wohnungsunternehmen beauftragt wird, die Ziele des Bündnisses und die Vorgaben der Vereinbarung konsequent in seine Geschäftspolitik zu übernehmen. Die WIRO muss eine Vorbildfunktion einnehmen, statt sich wie bisher dem Bau von Sozialwohnungen

zu verweigern. Die Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft betrachtet den Beschluss als positive Kehrtwende in einem bisher ergebnislosen Kampf für bezahlbares Woh-



nen in Rostock. Dieses Bündnis hat nun die Chance, tatsächlich etwas für soziale Mieten zu tun. Der Beschluss ist ein großer Erfolg.

Eva-Maria Kröger

Streit über Wohnen am Rosengarten

In der Rostocker Bürgerschaft gibt es eine Mehrheit, die auf einer Grünfläche neben dem Rosengarten Wohnungen bauen möchte. OB Methling hatte zwei Rostocker Genossenschaften zugesagt, sie könnten das städtische Grundstück kaufen und dort Wohnraum schaffen. Normalerweise muss eine Ausschreibung erfolgen, es sei denn, die Stadt vergibt aus zu nennenden Gründen wein Grundstück direkt. Vermutlich sollten die beiden Genossenschaften

am Rosengarten den Zuschlag erhalten, weil sie sich andernorts in Rostock an einem größeren Bauprojekt beteiligen und dort die Stadt in beachtlicher Form entlasten. Getreu dem Motto: Quid pro quo.

Grundsätzlich hatte OB Methling diesen Kurs mit den Fraktionen der Bürgerschaft grob besprochen, jedoch wurde der politische Raum in die Gespräche mit den beiden Wohnungsgenossenschaften nicht mehr einbezogen. Als die CDU überraschend einen Antrag einreichte, man solle das Grundstück doch lieber ausschreiben und nicht direkt vergeben, reichte unsere Fraktion einen ergänzenden Antrag ein. Ziel war, dass es bei einer eventuellen Ausschreibung auch eine Bedingung geben muss: öffentlich geförderter Mietwohnungsbau (bezahlbares Wohnen!) sollte am Rosengarten integriert werden. Obwohl unsere Fraktion es nicht erwartet hatte, bekam der Änderungsvorschlag eine Mehrheit und somit wurde auch die Ausschreibung beschlossen, dieses Abstimmungsverhalten ist ein weiterer Beleg dafür, dass endlich eine Mehrheit in der Bürgerschaft verstanden hat, wie wichtig bezahlbares Wohnen ist.

OB Methling zeigte sich verärgert, auch die betroffenen Wohnungsgenossenschaften empfanden den Beschluss als Vertrauensverlust. Ich habe mich inzwischen mit den beiden Unternehmen ausgetauscht und offensichtlich möchte die Bürgerschaft einen Kompromiss finden und den Streit beilegen. Wir werden sehen, wie der Vorschlag aussehen wird. Uns bleibt es wichtig, dass auch in der Innenstadt bezahlbarer und günstiger Wohnraum entsteht. Luxuswohnen in der City, während Menschen mit geringen Einkommen in die „Außenbezirke“ verdrängt werden, lehnen wir weiterhin ab. Eine gesunde soziale Durchmischung ist essentiell.

Eva-Maria Kröger

Aus dem Landtag: Anträge der Linksfraktion

Anträge der Linksfraktion auf der Landtagssitzung im September

Zu den Anträgen der Linksfraktion informierte die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

Kostenfreie Kindertagesbetreuung schrittweise einführen. Die Eltern in M-V werden im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich hoch an den Kosten der Kindertagesbetreuung beteiligt, die Förderung des Landes für die Kindertagesbetreuung ist dagegen unterdurchschnittlich. Daran haben auch Elternentlastungen

in den letzten Jahren nichts geändert. Für eine chancengleiche Bildung ist der Weg zur kostenfreien Kindertagesbetreuung längst überfällig.

Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission umsetzen – Neues Landesprogramm „Älter werden in M-V“ entwickeln. Die Landesregierung soll bis Ende Mai kommenden Jahres ein solches Programm vorlegen. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission liegt seit Mitte vergangenen Jahres vor. Die Ergebnisse der Arbeit der Kommission sind in dem neuen Landesprogramm zu berücksich-

tigen und zu würdigen, aber auch die Beschlüsse des jüngsten Altenparlaments sind zu beachten.

Unser Land braucht seine Zeitungen – Alternativen zu Arbeitsplatzabbau und Tariffucht aufzeigen. Demokratie lebt von der Presse- und Meinungsfreiheit. Die hiesigen Regionalzeitungen leisten einen wichtigen Beitrag für den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. Mit der zunehmenden Digitalisierung stehen die Verlage vor großen wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen. Mit Sorge ist zu beobachten, dass

dieser Entwicklung vielfach mit massivem Arbeitsplatzabbau, der Zusammenlegung von Redaktionen und Tarifflicht begegnet wird. Qualitätsjournalismus benötigt jedoch gute Rahmenbedingungen. Tarifflicht und Arbeitsplatzabbau können und dürfen nicht die Antworten sein. Die Landesregierung soll darlegen, welche Maßnahmen möglich sind, die im Land erscheinenden Regionalzeitungen zukunftsfähig zu machen und wie dieser Prozess gegebenenfalls durch das Land unterstützt werden kann.

Zinsen für Dispositions- und Überschreitungskredite begrenzen. Wir fordern schon lange, die Zinssätze bei Dispositions- und Überziehungskrediten zu begrenzen. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Banken von dem anhaltend niedrigen Leitzins der Europäischen Zentralbank profitieren und durch unverhältnismäßig hohe Zinsen für Dispositions- und Überschreitungskredite auf Kosten der Verbraucherinnen

und Verbraucher hohe Gewinne erzielen. Eine wirksame Selbstbeschränkung des Bankensektors ist auch künftig nicht zu erwarten. Deshalb ist der Beschluss der Verbraucherministerkonferenz aus dem Jahr 2014 zu begrüßen, eine gesetzliche

Bundesebene entsprechend initiativ zu werden.

Mehr Tierschutz in der Sauenhaltung. Die Haltung von Sauen zur Ferkelerzeugung erfolgt heute üblicherweise in Kastenständen. Es ist nicht ungewöhnlich, das Zuchtsauen 80 Prozent ihres Lebens im Kastenstand verbringen. Diese Haltungsform ist nach der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung als Ausnahme zulässig. Allerdings verstößt die bisherige Auslegung der Kastenstände in fast allen Betrieben gegen die in der Tierschutz-Nutztierverordnung festgelegten Mindesthaltungsbedingungen. Die Sauenhaltung in Deutschland und M-V muss daher schnellstmöglich wieder rechtskonform erfolgen. Die arme Sau soll aus dem Kasten. Die betroffenen Tierhalter brauchen schnell klare rechtliche Vorgaben, die den Tierschutz, die Tiergesundheit und die Ökonomie berücksichtigen und Planungssicherheit schaffen.



Simone Oldenburg, Fraktionsvorsitzende der LINKEN

Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite einführen zu wollen. Die Landesregierung ist aufgefordert, auf

Chancen für Kinder - Landesweiter Aktionstag

Zum Weltkindertag, der am 20. September 2017 unter dem Motto „Kindern eine Stimme geben“ begangen wurde, erklärte Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern:

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft – und diese soll demokratisch, offen und tolerant bleiben. Wir müssen alles daran setzen, den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Kita bis zur Ausbildung und dem Studium die bestmögliche Förderung und Bildung zukommen zu lassen.

Dabei gilt: Gleiche Chancen für alle Kinder! In Mecklenburg-Vorpommern ist fast jedes dritte Kind von Armut betroffen oder bedroht. Damit ist M-V seit Jahren bundesweit eines der Schlusslichter. Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern haben gegenwärtig schlechtere Chancen, ihre Potentiale voll zu entfalten und einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Bildungsabschluss zu erwerben. Die Benachteiligungen ziehen sich oft durch die gesamte Lebensbiografie, sie bedeuten weniger Selbstverwirklichung,

geringeres Gehalt und letztendlich kleinere Renten.

Die kostenfreie Kita, dauerhaft gesicherte Jugend- und Schulsozialarbeit im ganzen Land wären dringend notwendige Investitionen in Kinder und Jugendliche.

Außer Lippenbekenntnissen war dazu von CDU und SPD in den vergangenen Jahren nichts zu hören. Sie verantworten die Einkommenssituation vieler Eltern hierzulande, welche geprägt ist von Hartz IV und schlecht bezahlter Arbeit. Mit dieser Politik der sozialen Kälte muss endlich Schluss sein.

Um auf das Problem erneut hinzuweisen, führte die DIE LINKE.

M-V am Weltkindertag und dem Folgetag zahlreiche Banneraktionen an markanten Punkten im ganzen Land durch. Mit der Aufschrift „Kinder vor Armut schützen – Eltern ein gutes Einkommen“ wollen wir zeigen, dass endlich etwas getan werden muss, um die traurige Situation zu ändern. Bei der Bundestagswahl am 24. September stand allein DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit und eine Umverteilung von oben nach unten.



Henning Schleiff: 40 Jahre Rostock im Sozialismus

Ankündigung des Verlages: Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser, der Verlag Redieck & Schade legt in seiner Edition „Rostock 800!“ zum 1. November 2017 das Buch von Dr. Henning Schleiff und weiteren 36 Autoren vor: „40 aus 800. Rostock in der DDR“.

Herausgeber Schleiff war von 1975 bis 1990 Oberbürgermeister von Rostock und beschreibt die 40 DDR-Jahre der Stadt aus der Sicht eines Zeitzeugen, der für das Stadtgefüge an unterschiedlicher Stelle Verantwortung getragen hat. Seine Motivation für dieses Projekt umreißt er so: „Die zurückgelegten mehr als zweieinhalb Jahrzehnte bundesdeutsch geprägter Geschichte Rostocks bieten die Chance einer kritischen Distanz zur vorangegangenen Zeit, zum einen, um die jeweils eigene Erinnerung zu prüfen und zum anderen, um sie anderen zur Prüfung anzubieten. In diesem Buch sollen vor allem Ereignisse, Tatsachen zur Sprache kommen, die das städtische Leben in seiner ganzen Vielfalt prägen.“

Schon vor dem Erscheinen schlägt dieses Buch Wellen. Zum Teil ohne Texte und Bilder zu kennen, wurden Fragen aufgeworfen und an den Verlag herangetragen: „Ist es richtig, dem damaligen Stadtoberhaupt eine derartige Plattform zu bieten? Wie kann es sein, dass sich Schleiff heute kritisch dem Thema nähert, wo er doch Verantwortung getragen hat? Was soll dieser Versuch, die DDR-Zeit zu beschönigen?“ – Fragen der einen – und „Jetzt verrät er die DDR, was soll das?“ – der Grundtenor Fragen anderer. Offensichtlich ein spannendes Buch! Prof. Dr. Dieter Schröder, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock in den Jahren 1993 bis 1995, führt das Buch kritisch ein: „Warum sollte man Gedanken und Erinne-

rungen von Menschen, die für das Leben in derselben Stadt unter sehr verschiedenen Bedingungen eine Verantwortung getragen haben, nicht mit Gewinn nebeneinanderstellen können? Vergleiche helfen immer, das Besondere einer stadtgeschichtlichen Epoche zu erkennen... Meine Studenten habe ich immer gewarnt, Erinnerungen von Zeitzeugen und Beteiligten an politischen Prozessen einfach 1:1 hinzunehmen. Denn auch Erinnerungen leben und zum Leben



Henning Schleiff (im Bild rechts)

gehören Veränderung und Anpassung... Dennoch sind seine Erinnerungen bei aller Skepsis für das Verständnis von 40 Jahren Rostocker Stadtgeschichte nicht unerheblich.“

Diese Aussage trifft sich mit dem Anliegen Schleiffs als Herausgeber, anlässlich des 800. Geburtstages der Stadt dazu beizutragen, dieses wichtige Kapitel Rostocker Geschichte aufzuarbeiten – als früherer politischer Exponent sicherlich subjektiv motiviert und inhaltlich geprägt. Sein persönlicher Ansatz, Fakten und Zusammenhänge möglichst sachlich aufzuarbeiten und zu bewahren, ist für künftige

Forschungen bedeutsam.

Das Buch bietet Gelegenheit, sich an diesem Thema zu reiben und zu ergründen, welche eigenen Erfahrungen und Erinnerungen „Rostock in der DDR“ wecken oder aufleben lassen.

36 Autoren steuern ihre Betrachtungen in dem Kapitel „Mosaik einer lebendigen Stadt“ zu ausgewählten Themen bei:

Prof. Peter Baumbach, Alois Bönsch, Ingrid Bräuer, Michael Bräuer, Ingrid Engel, Ramona Falk, Ulrika Gehrke, Werner Geske, Joachim Glende, Dieter Goldschmidt, Jürgen Grebin, Dr. Christine Gundlach, Willi Harnack, Dieter Jastram, Hans Jordan, Monika Kadner, Lothar Lentz, Harry Machals, Franz Mewis, Wilhelm Meyer, Werner Molle, Dr. Stefan Neubauer, Udo Nagel, Dr. Adelheid Pevestorf, Hannelore Rabe, Ursula Rosentreter, Jürgen Rösler, Dr. Walter Sadenwasser, Hans-Dieter Seibel, Brigitte Schneider, Prof. Dr. Manfred Schukowski, Klaus Wenzel, Prof. Karl-Heinz Will, Catharina Winkelmann, Horst Winkelmann, Jürgen Zettler.

Das Buch lebt auf seinen 328 Seiten auch von den ca. 240 Abbildungen, die Jürgen Sindermann, Dr. Günther Römer und andere beigetragen haben.

Wenn Sie die Buchpremiere erleben möchten, sind Sie herzlich zum 1. November 2017 um 17:30 Uhr in die Societät maritim (ehemaliges Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, eingeladen. Dort werden Verlag und Autoren das Buch vorstellen und daraus lesen. Eintritt: 3,- €/Person, bitte passend mitbringen! Vorbesteller können das Buch entweder bei der Buchpremiere entgegennehmen bzw. es am 2. oder 3. November 2017 von 10:00 bis 18:00 Uhr am Sonderbüchertisch des Verlages Redieck & Schade im Rostocker Hof abholen.

CETA - vorläufig in Kraft, aber weiterhin Mist

Der Hamburger Europaabgeordnete und Spitzenkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl, Fabio De Masi, erklärt zum vorläufigen Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA):

„Große Teile von CETA sind seit heute vorläufig in Kraft. Bundestag und Bundesrat müssen dem Konzernschutzabkommen mit Kanada jedoch ebenso noch zustimmen wie fast alle weiteren EU-Mitgliedsländer.

Noch kann CETA also gestoppt werden. Dafür gibt es viele gute Gründe. So ent-

sprechen auch die reformierten Handelsgerichte weiterhin nicht rechtstaatlichen Kriterien und werden etwa vom Deutschen Richterbund zurückgewiesen. CETA greift tief in die Demokratie ein, ist jedoch von zweifelhaftem wirtschaftlichen Nutzen. Insbesondere auf die Grünen kommt es bei der Ablehnung von CETA im Bundesrat an. Landesregierungen unter Beteiligung der Linken werden CETA nicht zustimmen. Doch die Grünen werden die Vorbehalte gegen CETA vermutlich der Jamaika-Option opfern. Selbst wenn sie im Bundestag gegen CETA stimmen, könnten Landesregierungen, an denen die Grünen beteiligt sind wie Baden-Württemberg oder Hessen, CETA im Bundesrat durchwinken. In

Hamburg lehnten alle Parteien in der Bürgerschaft mehrheitlich einen Antrag der LINKEN ab, der ein Nein zu CETA forderte. DIE LINKE ist in der Hansestadt also die einzige Kraft, die klar gegen CETA ist.

Zudem konnte ich über die kanadische Handelsministerin herausfinden, dass es die EU war, die einklagbare Arbeitnehmerrechte in CETA verhindert hat. Und: Die EU-Kommission kündigte kürzlich an, in Zukunft Handelsabkommen so auszugestalten, dass sie in die alleinige Zuständigkeit der EU fallen. Was nicht passt, wird in der EU passend gemacht. Wundern braucht man sich dann allerdings nicht, wenn sich immer mehr Menschen von der EU abwenden“, so De Masi abschließend.

Rotfeder und der Schnatermann

Bei meinen Schwimmausflügen als kleines rotes Fischlein zwischen Ostsee und Warnow halte ich mich natürlich auch oft im Breitling auf. Dort wimmelt es von Booten und Schiffen aller Größen. Aber nur wenige der Seeleute und Touristen auf den Schiffen und an den Ufern wissen, dass der Breitling früher einmal das Flussdelta der Warnow mit mehreren Verbindungen zur Ostsee war. Die Rostocker Handelsschiffe benutzten zum Beispiel eine Verbindung zum Meer dort, wo heute die Pumpstation und die Haltestelle Taterhörn sind. Der Alte Strom war damals so flach, dass die Warnemünder ihre Kühe hindurch treiben konnten. Einer der Ausflugsdampfer heißt Schnatermann, und ich werde oft gefragt, warum der Name nur mit einem „t“ geschrieben wird. Dieser Rechtschreibzweifel wird sogar noch verstärkt, wenn immer an dem unter Denkmalschutz stehenden, aus den Breitlingwasser ragenden Grenzstein die Sage vom Schnatermann erzählt wird: Hier soll einmal ein mit Holz aus der Rostocker Heide beladener Kahn im Sturm



gekentert sein. Alle Besatzungsmitglieder sind ums Leben gekommen. Nur ein Mann konnte sich auf diesen Stein retten. Er musste drei Tage und drei Nächte ohne Essen und Trinken in bitterer Kälte ausharren und konnte bei seiner Rettung nur noch „schnatern“. Der Holzbildhauer Harald Wroost hat den zitternden Mann aus einem Eichenstamm geschnitzt. Die Skulptur des Schnatermanns zielt die Bootsanlegestelle in Markgrafenheide. Dort steht übrigens noch eine weitere, größere Eichenfigur von Harald Wroost, die des Fürsten Borwin, der den Rostockern den Urwald östlich des Breitlings verkauft hatte. „Schnatermann“ heißt nicht nur das Schiff, sondern auch ein Hotel und Traditionsgasthof, die ehemalige Revierförsterei und ein Teil der Rostocker Heide, das Naturschutzgebiet „Schnatermann“. Der Name leitet sich wohl weniger von dem schnatternd zitternden Mann auf dem Grenzstein, als vielmehr von der Grenze selber her.

Warnemünde und der Breitling gehörten im Mittelalter noch dem Fürsten, die Heide aber den Rostockern. Hier wurde viel Holz für Schiffbau und Baugewerbe geschlagen und Feuerholz gesammelt. Um die Ausfuhr des Holzes zu überwachen, installierte die Stadt Rostock Schlagbäume an allen Wegen. Die Wachen an diesen Schlagbäumen wurden „Schnatermann“ genannt. In der altslawischen Sprache stand „snat“ für Grenze. Mit dem deutschen „mann“ zusammen ergab sich erst „Snatermann“ und später „Schnatermann“, ohne dass ein zweites „t“ hinzukam. Mit der Zeit übertrug sich die Bezeichnung vom Grenzwächter auf das bewachte Gebiet und dann auf ein am Rande des Gebietes gelegenes Forsthaus, auf das Hotel, das Ausflugsschiff usw... Immer wieder gibt es Dinge zu erleben, die sich anders darstellen als man zuerst dachte.

Das meint eure Rotfeder



Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um das alte Stadttheater.

Rostock hatte einmal ein repräsentatives und stadtbildprägendes Theater. In dem halben Jahrhundert von seiner Fertigstellung 1895 bis zu seiner Zerstörung 1942 war das Stadttheater das größte Theater der Hansestadt Rostock. Das alte Stadttheater Rostocks war 1880 durch einen Brand zerstört worden. Deshalb schrieb die Stadt 1893 einen Architekturwettbewerb aus, und am 3. Januar 1894 wurde der Berliner Gewinner Seeling vom Rat der Stadt mit dem Bau beauftragt. Die Zeit für den Bau des Gebäudes im Stil der Neorenaissance betrug 15 Monate. Der größte Teil der Baukosten stammte von Spenden der Rostocker Bürger. 1895 wurde das Theater an der Stelle, an welcher sich heute das Hauptgebäude der Ostsee-Zeitung befindet, in der Steintor-Vorstadt gegenüber dem mittelalterlichen Steintor, eingeweiht.

In seinem Buch „Geschichten und Anekdoten aus dem alten ROSTOCK“ schreibt Ronald Piechulek: „Wer etwas in Rostock auf sich hielt, der besuchte regelmäßig Aufführungen im Stadttheater in der Nähe des Steintors. Am 5. Oktober 1895 war das Haus nach Plänen des Berliner Bau-meisters Christian Heinrich Seeling eröffnet worden. Es hatte etwa 600 000 Mark



gekostet und bot Platz für rund 1100 Zuschauer. Es hatte im Vorfeld der Eröffnung viele kritische Stimmen gegeben, die nicht davon überzeugt waren, dass sich diese Investition wirklich lohnte. Doch sie wurden schließlich eines Besseren belehrt, die Ro-

stocker liebten ihr Theater und Liebhaber der darstellenden Kunst kamen aus ganz Mecklenburg und auch darüber hinaus, um im faszinierenden Ambiente des neuen Theatergebäudes eine Vorstellung zu erleben.“

Zunächst hatte das Theater 949 Sitzplätze: 421 im Parkett, 154 im ersten Rang, 160 im zweiten, 240 im dritten. Im zweiten Rang befanden sich außerdem 24 Stehplätze. 1938 wurden der Zuschauerraum und das Foyer neu gestaltet und der Orchesterraum erweitert. Der dritte Rang mit seinen 40 Plätzen wurde abgeschafft. Wiedereröffnet wurde das Haus am 1. September 1938 mit dem Tannhäuser von Richard Wagner. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass Rostock zu dieser Zeit auch das „Bayreuth des Nordens“ genannt wurde.

In der Nacht vom 24. zum 25. April 1942 wurde auch das Theatergebäude von Bomben getroffen und zerstört: es brannte vollständig aus. Die Ruine am 14. August 1948 gesprengt.

Text: Wolfgang Bergt, Foto: Heinrich Seeling

Aus dem Lütten Kleiner Blättchen: Einsatz im Ehrenamt

Annemarie Berger: Mit der Volkssolidarität verwoben

Im Herbst 1989 wusste wohl niemand, wie sich die Verhältnisse entwickeln würden. Viele Organisationen lösten sich auf: der FDGB, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ja sogar Betriebs-sportgemeinschaften. Bange Frage: Was wird aus der Volkssolidarität?

Ich ging durch die Richard-Wagner-Straße. Da hatte eine Frau trotz nicht gerade warmer Temperaturen einen Tisch vor dem Haus der Volkssolidarität aufgestellt mit einigen Materialien und einer Unterschriftenliste. Diese Frau war Annemarie Berger. Sie kämpfte dafür, die im Oktober 1945 gegründete Volkssolidarität zu erhalten. Dank solcher Frauen und Männer gibt es sie noch heute!

Annemarie Berger ist seit 1967 Mitglied. Sie war mehrere Jahre in dieser Vereinigung angestellt. 1990 wollte sich der Rostocker Vorstand der Arbeiterwohlfahrt anschließen. Viele Ortsgruppen der Stadt waren damit nicht einverstanden, schlossen sich zusammen und so wurde die Volkssolidarität in Rostock als eingetragener Verein wieder neu

aufgebaut. Frau Berger sagt: „Wir sahen nicht ein, warum wir uns auflösen sollten. Mein Leben war so mit dieser Vereinigung verwebt, dass ich mich auch im Rahmen der ABM weiter um die vielfältigen Aufgaben der Volkssolidarität und nun ehrenamtlich um sie kümmere. Und für andere da zu sein, macht auch Spaß.“

In einer Übergangszeit mussten sie dafür sorgen, dass viele Aufgaben, wie zum Beispiel Haushaltspflege, die der Staat nun nicht mehr bezahlte, privat organisiert wurden.

Jetzt ist sie die Vorsitzende der Gruppe der Saßnitzer Straße und Umgebung. Ihre Gruppe trifft sich regelmäßig zu Spielnachmittagen. Sie organisiert Tages-, Halbtags-

und auch längere Fahrten. Und diese finden reichlich Zuspruch. So musste z. B. für eine Fahrt nach Greifswald ein zweiter Bus bestellt werden. Die Geburtstagskinder kommen zu einem extra Treff zusammen. Höhepunkt ist jedes Jahr das Weihnachtsfest. Mitglieder, die nicht mehr das Haus verlassen können, werden aufgesucht. Die Gruppe sammelte für hilfsbedürftige ältere Menschen in Moldawien.

In Lütten Klein gibt es sieben Ortsgruppen mit 560 Mitgliedern, in ganz Rostock sind es 3610. In Rostock verfügt die VS über 10 Kindertagesstätten, vier Begegnungsstätten, vier Häuser für Betreutes Wohnen und weitere Einrichtungen. Fast 400 ehrenamtliche Mitglieder sind in der Nachbarschaftshilfe engagiert. Die Volkssolidarität ist für viele Menschen ein Stück Heimat.

Johanna Jawinsky



Annemarie Berger



Ethel Ohm

Ethel Ohm und die „Kleinen Konzerte“

Ethel Ohm wohnt seit 1970 in Lütten Klein. Sie ist Initiator der „Kleinen Konzerte“, die im Mehrgenerationenhaus in Lütten Klein in regelmäßigen Abständen stattfinden und sich großer Beliebtheit erfreuen.

Frage: Wie kamst Du auf die Idee, die „Kleinen Konzerte“ zu veranstalten?

In der Mehrzweckhalle gab es früher im Obergeschoss einen Saal, in dem Konzerte und Schauspiele aufgeführt wurden. Saal und der Flügel sind verschwunden. Der Wunsch vieler Lütten Kleiner nach solchen Angeboten wurde zum Auslöser der Idee.

Als ich 2001 Rentnerin wurde, hatte ich schon noch das Bedürfnis etwas Sinnvolles zu tun. Durch meine berufliche Tätigkeit – ich war Sprecherin beim Rundfunk und Sprecherzieherin bei der Schauspielerschule Rostock – hatte ich Kontakt zur Hochschule für Musik und Theater. Von dort werde ich bis heute von Frau Sachs unterstützt.

Über den Frauenstammtisch des Mehrgenerationenhauses konnte ich vor acht Jahren die „Kleinen Konzerte“ ins Leben rufen. Zuerst mussten wir allerdings durch kostenlose Konzerte mit Hilfe der Menuhin-Stiftung das Interesse prüfen und Geld für ein Klavier sammeln. „Klavier-Möller“ stellte uns dann zum Vorzugspreis eins zur Verfügung. Die Konzerte sind nun für alle zugänglich, finden nachmittags statt und kosten wenig (5,00; ermäßigt 2,50 Euro).

Meist treten zwei junge, hervorragend ausgebildete Studenten der HMT auf. So erlebten wir Streicher, Pianisten, Bläser und

Sänger mit anspruchsvollen Programmen. Auch seltene Instrumente bekamen wir zu hören: die Theorbe und die Marimba. Besonders beliebt ist die Harfe, die wir am 11. November wieder hören können.

Unsere Idee trug Früchte. Anfangs kamen um die 70 Zuhörer, jetzt sind es manchmal um die

160, die wir aber gerade so unterbringen können. Ich wünschte mir allerdings jetzt, dass ein jüngerer Mensch sich melden möge, um die „Kleinen Konzerte“ weiterzuführen.

Auf die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Veranstaltung antwortet Ethel:

Ich bin überzeugt, dass die „Kleinen Konzerte“, wie auch die literarischen Nachmittage, die ich durchführe, zum Wohlbefinden der Lütten Kleiner beitragen.

Das Gespräch führte Johanna Jawinsky

Anmerkung der Redaktion:

Artikel und Interview entnahmen wir dem Lütten Kleiner Blättchen, dass in diesem Jahr bereits fünf Mal erschien. Herausgeber ist der Stadtteilverband DIE LINKE. Lütten Klein. Eine kleine Redaktion erstellt Texte mit lokalem Bezug, hinzu kommen Artikel

zur Rostocker Kommunalpolitik, zu Landes- und bundespolitischen Themen. Inspiriert von den Lütten Kleiner Genoss*innen, hat auch der Stadtteilverband Reutershagen mittlerweile zwei Ausgaben des Blättchens „Reutershagen jetzt und hier“ herausgebracht. Die Auflage der Blättchen beträgt

jeweils 5.000, die kostenlos in die Haushalte verteilt werden. Der Kreisvorstand übernimmt Druckkosten und Layout der Blättchen.

Vielen Dank für das Engagement der Genoss*innen in Lütten Klein und Reutershagen.

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 4.10.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Sieversh.	Ziegenkrug
Do., 5.10.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Kreisverwaltung Raum 3001
Sa., 7.10.	19:00 Uhr	RLS: Lesung "Damaged Goods. 150 Einträge in die Punkgeschichte"	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Di., 10.10.	15:00 Uhr	RLS: "Bülgeln und Wachten" Reportagen und Geschichten von Kurt Kaiser, mit Uwe Süßmilch	Rostock-Lichtenh.	LIFT, Lichtenhäger Brink 9
Di., 10.10.	18:00 Uhr	RLS: "Martin Luther" Vortrag von Prof. Heinrich Fink (siehe unten)	Rostock-Schmarl	Haus 12, Am Schmarler Bach 1
Sa., 14.10.	9-16 Uhr	Kreisparteitag Rostock: Wahlauswertung, Wahl Mitglieder Landesausschuss und Delegierte zum BPT, Gäste: Wenke Brüdgam und Torsten Koplin, Bewerber für den Landesvorsitz	Rostock	Intercity-Hotel am Hauptbahnhof
Mi., 18.10.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Güstrow	Burghotel am Insee, Heidberg 50
Mo., 23.10.	18:00 Uhr	RLS: Lesung/Gespräch "Briefe aus dem Gefängnis" von Rosa Luxemburg (siehe unten)	Rostock-Südstadt	Berghotel
Do., 26.10.	17:00 Uhr	RotFuchs: "Rechts der Oder. Wie entwickelt sich eigentlich unser Nachbarland?"	Rostock-Toitenw.	SBZ Olof-Palme-Str. 26
1.11. und 15.11.	19:30 Uhr	RLS: Lese- und Diskussionskreis "Das Leben ist schön. Oder? Alltag in der Marktwirtschaft"	Rostock	Ulmenstr. 69, Haus 3, Raum 228
Di., 7.11.	18:30 Uhr	RLS: "Sozialpolitisches Denken in Lateinamerika im 20. Jahrhundert", mit Prof. Werner Pade u.a.	Rostock	Waldemar Hof, Waldemarstr. 33, Seminarraum
Mi., 8.11.	17:30 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR"	Rostock	Ortsamt Reutershagen
Fr., 10.11.	18:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR"	Rostock-Lütten Kl.	Mehrgenerationenh. Danziger Straße 45d

Rosa Luxemburg – Briefe aus dem Gefängnis

Die Lesung findet anlässlich des 100. Jubiläums zur Oktoberrevolution statt. Im Mittelpunkt stehen Begeisterung und Kritik Rosa Luxemburgs bezüglich Oktoberrevolution und Handelns der Kommunistischen Partei Russlands. In der Zeit ihres Gefängnisaufenthaltes setzt sie sich stark mit der Parteibürokratie auseinander, insbesondere den ersten Dekreten. An erster Stelle das Dekret um den Frieden und an zweiter Stelle das Dekret um Grund und Boden. Sie war voller Hoffnung, dass die Revolution einen neuen Menschentyp unter Freiheit und sozialer Sicherheit entstehen lässt. Am Ende der Lesung bleibt natürlich die Frage, welche Beziehung haben

wir heute dazu. Bei allen Errungenschaften der Arbeiterklasse bleibt die Frage des Eigentums und des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Ist eine revolutionäre Umgestaltung notwendig?

Mit: Brigitte Butzke, parteilos, Rentnerin, von Beruf Grundschullehrerin

Sie leitet in Neubrandenburg und Neustrelitz engagiert eine monatliche „Literaturplauderei“ zur DDR Literatur und hat sich intensiv dem den Gefängnisheften beschäftigt.

VERANSTALTER: Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
23.10.2017, 18:00 - 20:00 Uhr
Berghotel, Südring 52, 18059 Rostock

500 Jahre Reformation und ihre Bedeutung für MV - Das Leben und Wirken Martin Luthers

In der Reihe „Lust auf Kultur – Kulturbund im Haus 12“ spricht der Theologe Prof. Dr. Heinrich Fink über das Leben und Wirken des Dr. Martin Luther. In seinem Vortrag geht es auch um den Anteil der Mecklenburger und Pommerschen Reformatoren (Slüter, Bugenhagen, Universität und Ausstrahlung der Universität Rostock, Rostocker Druckereien sowie Fürsten) sowie um die Rolle der Rostocker Universität für die skandinavischen Länder.

Prof. Heinrich Fink, geb. 1935 in, Bessarabien. 1940 Aussiedlung infolge des Hitler-Stalin-Vertrags, nach zwei Jahren in verschiedenen Lagern Ansiedlung in Polen, 1945 Flucht der Familie und Ansiedlung in

Brandenburg, Abitur; Studium der Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1960/61 Vikariat in Halle, 1966 Promotion, 1970 Dozent, 1978 Habilitation an der HU, 1979 o. Professor für praktische Theologie, 1990-92 erster frei gewählter Rektor der Humboldt-Universität, 1992 wegen Stasi-Vorwürfen fristlos entlassen, von 1998-2002 Abgeordneter des deutschen Bundestages (parteilos auf der Liste der PDS), seit 2003 mehrere Jahre Vorsitzender, jetzt Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN- BdA e.V.)

VERANSTALTER: Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
10.10.2017, 18:00 - 20:00 Uhr
Gemeindezentrum Haus 12, Am Schmarler Bach 1, 18106 Rostock

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpelinstraße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Listenreich (von Jürgen Riedel)

Populisten
aus CDU CSU SPD
benutzen besonders oft
hypnotisierend häufig
helles Wort Demokratie
werden wie in Trance gewählt
von schwachen Hirnen

Flensburg (von Janina Niemann-Rich)

Jugend geht
die Punkte bleiben

Aussicht (von Janina Niemann-Rich)

Gottergeben
erleben
viele leben nicht

Das schafft niemand!

74 Prozent aller Pflegekräfte glauben nicht, dass sie ihren Job bis zur Rente durchhalten.



DIE LINKE fordert.

Krankenhaus- und Pflegepolitik am Gemeinwohl zu orientieren:

- gesetzliche Personalbemessung: mindestens 140 000 Stellen mehr
- Fallpauschalen abschaffen
- Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung
- Privatisierungen stoppen und rückabwickeln



Gewinner: AfD und FDP. Aber freut Euch nicht zu früh.

Verlierer: Der KLARTEXT. Hatten wir doch Hansa Rostock in der letzten Ausgabe zum (Auswärts-)Gewinner erklärt. Dann verloren sie zweimal auswärts und machten uns damit lächerlich.

Monatszitate

„Wir haben nichts falsch gemacht.“ Vincent Kokert, CDU-Chef in M-V. Wer mit so viel Arroganz über sein schlechtes Wahlergebnis hinweg geht wie die CDU, der legt den Keim für den weiteren Abstieg.

„Ich strebe an, Bundeskanzler zu werden. Und wenn Frau Merkel in mein Kabinett eintreten will, kann sie das gerne tun.“ Martin Schulz, Beinahe-Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vor dem 24.9. Irren ist menschlich, aber warten wir mal die Regierungsbildung ab, vielleicht geschieht ja noch ein Wunder.

Monatszahl

Zum 30. Juni 2017 zählte DIE LINKE 59.523 Genossinnen und Genossen. Das ist ein Mitgliederplus von 613 im Vergleich zum 31. Dezember 2016. Die vielen Eintritte während des Bundestagswahlkampfes sind in diesen Zahlen noch nicht eingerechnet.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welche Partei wurde in Sachsen bei der Bundestagswahl stärkste Kraft?
2. Welche Partei fliegt in vier Jahren wieder aus dem Bundestag?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.11.2017

Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Borwin von Harald Wroost

